

Alle Beschlüsse & Berichte

NR-Sitzung vom 06. Juli 2016

Ausbildungspflichtgesetz (1219 d.B.) – s. Top-Themen

Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse (1220 d.B.)

Das Gesetzespaket regelt u.a. die Nachzahlungen von Bau-Unternehmen, die ihrer Meldepflicht nicht nachkommen und deren ArbeitnehmerInnen nicht von der Bauarbeiter-Urlauber- und Abfertigungskasse (BUAK) erfasst wurden. Die betroffenen ArbeitnehmerInnen werden rückwirkend in die BUAK aufgenommen

Errichtung der Bundesanstalt "KZ Gedenkstätte Mauthausen/Mauthausen Memorial" (1228 d.B.)

Die derzeit vorwiegend als Mahnmal fungierende KZ-Gedenkstätte Mauthausen mit seinen Außenlagern wie Gusen wird in einen professionellen Museumsbetrieb mit umfassender Geschichtsvermittlung umgewandelt. Die Gedenkstätte wird aus dem Innenministerium ausgegliedert und als eine gemeinnützige Bundesanstalt geführt.

Sicherheitspolizeigesetz – Schutz von Frauen vor Gewalt (1229 d.B.)

Die Reform des Sicherheitspolizeigesetzes bringt Fortschritte im Kampf gegen Gewalt an Frauen und gegen sexuelle Belästigung. Insgesamt bauen wir mit der Novelle Österreichs internationale Vorreiterrolle in Sachen Gewaltschutz weiter aus: Bei sexueller Belästigung im öffentlichen Raum oder häuslicher Gewalt gibt es künftig eine "Täterbelehrung" bei der Polizei, zu der der Täter verpflichtet werden kann. Wenn der Täter nicht zu dieser Belehrung erscheint, droht eine Verwaltungsstrafe. Das Ziel ist, dass man Tätern die Konsequenzen ihrer Tat noch einmal deutlich macht, aber auch über Beratungsmöglichkeiten informiert – z.B. wenn die Tat im Zusammenhang mit einer Suchterkrankung steht.

Außerdem weitet die Novelle die Befugnisse der Sicherheitsbehörden aus, um terroristisch, ideologisch oder religiös motivierte Straftaten verhindern zu können.

Bericht zum Nationalen Reformprogramm Österreich 2016 (1202 d.B.)

Der Bericht zur Umsetzung von EU-Empfehlungen dokumentiert u.a. Fortschritte auf dem Weg Österreichs zur Erreichung der Europa 2020-

Ziele. So lag bereits 2014 die Beschäftigungsquote mit 74,2 Prozent nahe am nationalen 75-Prozent-Ziel für 2020. Auch in Sachen Klimapolitik, Forschungs- und Entwicklungs-Investitionen oder Armutsbekämpfung ist Österreich nahe oder ganz am Ziel.

Frauenministerium (1203 d.B.)

Die Eingliederung der Frauen-Agenden ins Gesundheitsministerium von Sabine Oberhauser führt zu budgetären Umschichtungen.

EU-Abgabenänderungsgesetz – Kampf gegen schädliche Steuerpraktiken (1243 d.B.)

Mit der Novelle sollen u.a schädliche Steuerpraktiken internationaler Konzerne eingedämmt werden. Ziel ist mehr Transparenz über Gewinne und Steuern. Ab einem Gesamtjahresumsatz von 750 Mio. Euro besteht eine Dokumentationspflicht über die weltweite Verteilung der Erträge und Geschäftstätigkeiten von Unternehmen und Unternehmensgruppen. In Österreich ansässige Geschäftseinheiten (ab 50 Mio. € Umsatz in den letzten zwei Jahren) müssen ebenfalls ihre nationalen und internationalen Geschäftstätigkeiten und Verrechnungspreispolitik dokumentieren.

Ebenfalls Teil des EU-Abgabenänderungsgesetzes sind die Erleichterungen bei der Registrierkassenpflicht – s. Top-Themen.

Gewerbeordnung (1244 d.B.)

Im Zusammenhang mit den Änderungen bei den Registrierkassen war auch eine Novelle der Gewerbeordnung notwendig.

Haftungsgesetz HETA (1245 d.B.)

Das Gesetzespaket setzt budgetär den Vergleich zwischen Republik und den Gläubigern der Hypo-Abbaueinheit Heta um. Vorgesehen ist eine Barabfindungsquote von 75% des Nominales für Vorranggläubiger und 30% für Nachranggläubiger sowie eine Tauschoption dieser Papiere gegen Nullkupon-Anleihen mit Bundesgarantie.

Börsegesetz – Strengere Strafen bei Marktmissbrauch (1246 d.B.)

Mit einer Änderung des Börsegesetzes kann die Finanzmarktaufsicht künftig die Anonymität von "Whistleblowern", die Marktmissbrauchsfälle melden, schützen. Die Strafen bei Marktmissbrauch werden verschärft und die FMA wird verpflichtet, die Namen von Rechtsverletzern und die Art der Verstöße zu veröffentlichen.

Mehr Transparenz bei Wertpapiergeschäften (1247 d.B.)

Das Gesetz bringt die Verpflichtung, die Finanzierung von Wertpapiergeschäften an das Transaktionsregister zu melden. Fonds müssen in ihren Berichten und vorvertraglichen Dokumenten künftig über die Nutzung von Finanzierungsgeschäften und Swaps informieren.

Mehr Rechtssicherheit im Grundstücksverkehr (1225 d.B.)

Eine Bund-Länder-Vereinbarung bringt mehr Rechtssicherheit im Zusammenhang mit Baugrundstücken und den grundverkehrsrechtlichen Verfahren vor dem Hintergrund einer EU-Erbrechtsverordnung.

Konteneinschau startet ab 1. Oktober (1226 d.B.)

Die für 1. August 2016 geplante Möglichkeit der Konteneinschau durch Gerichte wird auf 1. Oktober verschoben, weil die Kreditinstitute bis dahin Zeit haben, die entsprechenden Daten zu übermitteln.

NR-Sitzung vom 7. Juli 2016

Novelle des Gesundheits- und Krankenpflegegesetzes (1240 d.B.) – s. Top-Themen

Im Zuge des Gesetzes, das v.a. die Pflegeausbildung neu regelt, wurden auch zwei Entschließungsanträge beschlossen: U.a. wird darin die Gesundheitsministerin ersucht, eine zentrale Ansprechstelle (Hotline) für die Versicherten, die mit unangemessen langen Wartezeiten auf MRT-Untersuchungen konfrontiert sind, einzurichten. Außerdem soll es weitere Maßnahmen geben, damit die Vertragspartner eine umfassende Versorgung nachhaltig sicherstellen.

Tierärztegesetz – Neuregelung bei Honoraren (1238 d.B.)

Aufgrund eines Vertragsverletzungsverfahrens der EU wegen der Mindesttarife bei heimischen Tierarzthonoraren wird die Honorarordnung geändert. Die Tierärztekammer kann künftig ihren Mitgliedern keine Mindesttarife vorschreiben, aber Regeln hinsichtlich der Grundsätze der Rechnungslegung (Honorarnoten, Steuerpflichten etc.) festlegen sowie Richtsätze für tierärztliche Leistungen als Empfehlung abgeben.

Register für Gesundheitsberufe (1239 d.B.)

In einem öffentlich zugänglichen Register für Gesundheitsberufe werden in Zukunft die Angehörigen der betroffenen Berufsgruppen eingetragen und erhalten damit auch einen offiziellen Berufsausweis.

Epidemie-Prävention (1230 d.B.)

Geändert werden die Regelungen gegen die Verbreitung von Epidemien. So werden u.a. Chikungunya-Fieber, Dengue-Fieber, Zika-Virus-Infektionen und Hanta-Virus-Infektionen meldepflichtig.

Dienstrechtsnovelle – Verbesserungen u.a. für PolizistInnen (1195 d.B.)

Die Dienstrechtsnovelle 2016 bringt eine Reihe von neuen Detailregelungen für Bedienstete im öffentlichen Dienst. Unter anderem gibt es Verbesserungen für PolizistInnen: Die "akute psychische Belastungsreaktion" wird ein Dienstverhinderungsgrund; in diesem Fall ruhen auch nicht die pauschalierten Nebengebühren. Weitere Änderung: Für Vertragsbedienstete werden Verwendungsbezeichnungen geschaffen, die denen von BeamtInnen entsprechen (z.B. Hofrat). Außerdem können RichterInnen, die in Karenz sind, künftig durch SprengelrichterInnen vertreten werden.

Führerscheingesetz (1210 d.B.)

Künftig dürfen auch Autofahrer-Clubs Perfektionskurse mit Motorrädern sowie Aufstiegsschulungen für die Führerscheinklasse A anbieten – bisher konnten das nur Fahrschulen. Aufgrund einer drohenden Klage der EU-Kommission wurde die Berechtigung, unbesetzte Omnibusse mit einer Lenkberechtigung für die Klasse C zu lenken, aufgehoben.

Automatisiertes Fahren (1211 d.B.)

Die Novelle des Kraftfahrzeuggesetzes schafft die rechtliche Grundlage, damit automatisierte Fahrsysteme und bestimmte Assistenzsysteme auf öffentlichen Straßen genutzt bzw. getestet werden können – der erste Schritt zum Test mit selbstfahrenden Autos.

Luftfahrtgesetz (1212 d.B.)

Die Novelle vereinfacht die Bewilligungen für die Abflüge und Landungen außerhalb von genehmigten Flugplätzen, beispielsweise bei Flügen zur Tierkadaverbeseitigung in den Bergen oder Lawinenbeobachtungen.

Kraftfahr liniengesetz (1214 d.B.)

Die Novelle enthält ausschließlich redaktionelle Änderungen.

Änderungen beim Patentamt (1204 d.B.)

Es kommt zu organisatorischen Änderungen beim Patentamt: Die bisherige Trennung in einen hoheitsrechtlichen und teilrechtsfähigen Bereich, die zu

einem Mehraufwand geführt hat, wird aufgehoben.

Keine Patentierung von Pflanzen und Tieren (1205 d.B.)

In einem Entschließungsantrag wird die Regierung aufgefordert, sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass auch Pflanzen und Tiere, die ausschließlich durch "im wesentlichen biologische Verfahren" gewonnen werden, nicht patentiert werden können.

Rundfunkgebührenbefreiung (1206 d.B. + 1207 d.B.)

Die Gesetzesänderung folgt einem Urteil des Verfassungsgerichtshofes betreffend die Befreiung von den Rundfunkgebühren: Die absetzbaren Wohnungskosten werden neu festgelegt. Für Wohnformen, die nicht mieterschützenden Gesetzen unterliegen, wird ein Wohnaufwand von 140 Euro pauschal als abzugsfähig festgelegt.

Forschungsprämie (1208 d.B.)

In diesem Antrag ersuchen alle sechs Parlamentsparteien die Bundesregierung, die bereits geplante Evaluierung der Forschungsprämie (indirekte Forschungsförderung) bis 2017 durchzuführen.

Bericht der Volksanwaltschaft (1180 d.B.)

17.732 Beschwerden wurden 2015 an die Volksanwaltschaft herangetragen, um 2.417 weniger als im Jahr davor. Die meisten Beschwerden betrafen die Bereiche Innere Sicherheit und Sozialsystem. In 48 Prozent wurde ein Prüfverfahren eingeleitet. 7.850 dieser Verfahren wurden abgeschlossen und davon bei 18 Prozent Missstände festgestellt.

Anhaltezentrum Vordernberg (1181 d.B.)

Die Volksanwaltschaft hat das Anhaltezentrum Vordernberg geprüft: Bemängelt wurden vor allem das Fehlen rechtlicher Grundlagen für das hoheitliche Agieren einer privaten Sicherheitsfirma.

NR-Sitzung vom 8. Juli 2016

Österreich ratifiziert Klimaschutzabkommen von Paris (1198 d.B.)

Österreich ist damit eines der ersten Länder, die das Klimaschutzabkommen ratifizieren. Die Erderwärmung soll möglichst auf 1,5 Grad Celsius, jedenfalls aber auf 2 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau begrenzt werden, die Emission von Klimagasen soll bis 2050 netto auf null gesenkt werden.

Im Juli kommt dann der Vorschlag der EU-Kommission, wie sich die Klimaziele auf die Mitgliedsstaaten aufteilen sollen. Sozial-, Infrastruktur-, Wirtschafts- und Umweltministerium arbeiten an einer integrierten Klima- und Energiestrategie. Für die SPÖ ist wichtig: die sozialen Auswirkungen und Beschäftigungs- sowie Wirtschaftsaspekte zu analysieren und grüne Technologien als Jobmotor zu nutzen. Der Fokus sollte auf Energieeffizienz und erneuerbaren Energien liegen.

Einschreiten gegen Laufzeitverlängerung von AKW (1199 d.B)

In einem einstimmig angenommenen Entschließungsantrag wird die Regierung aufgefordert, sich gegen die Laufzeitverlängerung vor allem für grenznahe AKW einzusetzen.

Keine Atomkraft-Förderungen aus Mitteln der EU (1200 d.B.)

Die FPÖ forderte im Umweltausschuss, dass keine Mittel der EU für die Forschung zur Atomkraft Nachdem jedoch Forschungen im Bereich Atomausstieg und Verbesserungen der Sicherheitstechnik sinnvoll sind, fand der Antrag in dieser Form keine Mehrheit.

Untersuchung der seismologischen und geologischen Situation des AKW Krško (1201 d.B.)

Eine Untersuchung dieses AKWs findet bereits statt. Daher wurde ein Antrag eingebracht und angenommen, der die Bundesregierung und insbesondere den Umweltminister auffordert, auf nationaler, bilateraler und EU-Ebene alle notwendigen politischen und diplomatischen Schritte zu setzen, um zu erreichen, dass die Untersuchung fortgesetzt wird.

